den und Heiterkeit bringen sollen, auch allerlei Mist von den antisemitischen Müllstätten mitführen, und sei es ach nr, m zu zeigen, daß es Mist ist. Soll auch schon die Seele des jüdischen Kindes, das wir doch gern nach der jüdischen Zeitung greifen sehen, durch diese Produkte der Bosheit verdüstert werden ?

Also gar keine „Abwehr?"

Soweit wollen wir nicht gehen. Wenn wir einerseites das nutzlose Breittreten des übelriechenden antisemitischen Quarks vermieden wissen wollen, so können wir uns doch andererseits einer Arbeit nicht entziehen, die unsere Ehre von uns heischt. Wir wollen dies folgendermaßen veranschaulichen: Wenn wir von einem hinter uns dahertorkelnden Trunkenbold beschimpft werden, so wird es uns sicherlich nicht einfallen, diesen guten Mann durch weise Belehrungen von seinem Treiben abzubringen. Sollte uns aber der Armselige mit Straßenkot bewerfen, so müssen wir von unserem Gewande den Schmutz wegbringen. Wir meinen also, daß wir alles auf sich beruhen lassen können, was unsere Gegner an Ansichten über unsere Religion und Geschichte, über unsere Leistungen auf den verschiedenen Gebieten und dergleichen mehr in irgendeiner Form zum Ausdruck bringen. Nicht gleichgültig darf es uns aber sein, wenn sie uns durch eine verlogene Darstellung von Tatsachen beschmutzen. In diesem Falle müssen wir korrigierend eingreifen und eventuell auch eine gerichtliche Ahndung herbeiführen. Diese Arbeit sind wir uns selbst schuldig, und wenn wir uns davon auch keine radikale Aenderung versprechen, so dürfte doch einer solchen Arbeit ein gewisses Maß von Wirksamkeit und Nützlichkeit nicht versagt bleiben, wenn sie in systematischer, sachlicher und vornehmer Weise gemacht würde, die wir wie folgt andeuten wollen:

Jeder Landesverband errichtet zu diesem Zweck an seinem Hauptsitz ein Presse-Komitee. Dieses erwählt in den in Frage kommenden Provinzorten Rayons-Vertrauensmänner, deren Aufgabe es sein wird, sämtliches in dem oben angeführten Sinne korrekturbedürftiges gegnerisches Material zu sammeln und dem Presse-Komitee zu übermitteln, u. z. in Fällen regionaler Natur gleichzeitig mit den Ergebnissen eigener Nachforschungen. Das Presse-Komitee hat: 1. alle ihm zur Kenntnis gebrachten Fälle einer eingehenden Prüfung hinsichtlich ihrer Bedeutung, Tatsächlichkeit usw. zu unterwerfen; 2. die sich als nötig ergebenden Richtigstellungen in die geeignete publizistische Form zu bringen, die u. E. unter allen Umständen durchaus vornehm und sachlich sein muß, und 3. für die Veröffentlichung ihrer Elaborate in solchen nicht jüdischen Organen zu sorgen, die dem Zwecke am dienlichsten sind.

Diesen Vorschlag wollen wir hiermit den kompetenten Stellen zur Erwägung unterbreitet haben.

Ein Brief des rumänischen Ministerpräsidenten an einen Juden

Das Regierungsblatt „Indreptarea" veröffentlicht einen Brief des Ministerpräsidenten General Averescu an den Präsidenten des Vereins der rumänischen Juden im Staate Illinois, B. Braunstein, der eine Auskunft bezüglich verschiedener mit der Lage der Juden in Rumänien zusammenhängender Fragen erbat. Der Ministerpräsident schreibt u. a.: „Die schönen Gefühle, die Sie für Rumänien hegen, bereiten mir ein besonderes Vergnügen. Ich stelle jedoch mit Bedauern fest, daß dieses Vertrauen durch die phantastischen Gerüchte, die in Amerika über die Lage der Juden in Rumänien zirkulieren, und durch die Anschwärzungskampagne, welche unsere ständigen Feinde gegen uns führen, getrübt ist. So wurden über Pogrome in Kischinew und Kalaraschi und über Devastierungen und Profanierungen von Synagogen, Unterbrechung des Zugverkehrs usw. gesprochen. Mit wenig Mühe könnte man die Absurdität dieser Erfindungen feststellen. In Rumänien war niemals irgendein Pogrom. Es haben wohl Zusammenstöße und individuelle Schlägereien stattgefunden, welche die Behörden in objektivem Geiste prüften, wobei sie die vom Gesetze gebotenen Maßnahmen trafen. Die Regierung hat darüber gewacht, daß die Ordnung von jedermann eingehalten werde, sie tat immer ihre Pflicht in der Ueberzeugung, daß die Staatsinteressen immer die Harmonie und das Zusammenarbeiten aller Bewohner dieses Staates erheischen. Es ist ein Fehler, die individuellen Zusammenstöße — sicherlich bedauerlich genug —, die sich hie und da ereignen, als Manifestation eines Volkes gegen ein anderes Volk anzusehen. Ich will Sie nur an das Ereignis von 1920 erinnern, als die Juden in Ostrußland jenseits des Dnjestr massenweise getötet wurden und ich als Regierungschef Tausenden von ihnen in diesem Lande eine Zuflucht gewährte. Als später manche von ihnen Mißbrauch mit unserer Gastfreundschaft trieben und durch Korruption und falsche Angaben sich in diesem Lande ständig niederlassen wollten, dachte niemand daran, die Juden en bloc wegen dieses Aktes der Undankbarkeit unter Anklage zu stellen. Es wurden die Schuldigen, und zwar Juden wie Christen, verfolgt und bestraft. Der Fall des jungen Studenten David Falik, der von einem rumänischen Studenten getötet wurde, hat in der jüdischen Bevölkerung des In- und Auslandes eine große Erregung hervorgerufen und man machte dafür die ganze christliche Bevölkerung verantwortlich, ohne die näheren Umstände zu kennen. Im Herbst 1920 wurde eine Bombe im Senat gelegt. Es sind diesem verruchten Attentat der Justizminister Dimitrie Graceanu, der Bischof Radu und der Senator Gheorghiu zum Opfer gefallen. Schwer verletzt wurden der Senatspräsident General Coanda und der Bischof Ciorogariu, andere Senatoren wurden leicht verletzt. Die Attentäter, an deren Spitze Goldstein stand, waren Juden. Niemand dachte damals daran, die jüdische Bevölkerung für dieses Verbrechen verantwortlich zu machen. Die Urheber des Verbrechens wurden als Verbrecher und nicht als Juden bestraft.

Sie drücken Ihre Befürchtung aus — heißt es in dem Briefe weiter —, daß der Mörder Faliks durch Geschworene, die auch den Mörder des Präfekten Manciu befreit haben, freigesprochen werden wird. Aber auch anderwärts haben Geschworene Schuldige befreit. So wurde in Frankreich die Mörderin des Marius Plateau befreit, ohne daß jemand die französische Regierung und das französische Volk hierfür verantwortlich gemacht hätte. Ich verstehe wohl, daß die amerikanischen Juden mit ihren Brüdern in Rumänien sympathisieren. Aber gerade diese Sympathie muß zu einer objektiven Ueberprüfung der Lage anregen. Denn das Bestreben der Regierung, die hie und da sporadisch sich ereignenden Fälle zu unterdrücken, wird von der jenseits der Grenzen geführten Anschwärzungskampagne gegen Rumänien gestört. Es ist genug, daß Sie wissen, daß die politische Partei, an deren Spitze ich stehe, mehrere israelitische Mitglieder hat und daß einige ausgezeichnete Männer unter ihnen der parlamentarischen Majorität angehören, auf die sich die Regierung stützt."

In der rumänischen Oeffentlichkeit haben manche Stellen aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten Erstaunen hervorgerufen. Niemand zweifelt daran, daß der Ministerpräsident selbst vom besten Willen beseelt ist, man bedauert aber, daß er in vielfacher Hinsicht mangelhaft informiert ist. Man wundert sich auch darüber, daß der Ministerpräsident die Darstellung der judengegnerischen Presse, wonach die Attentäter gegen den Senat vom Herbst 1920 Juden waren, übernimmt. Es ist bekannt, daß im Prozeßverfahren es ganz und gar nicht gelungen war, diese mystische Angelegenheit aufzuklären.

In Kürze

Budapest. Dr. Simon Hoesl wurde zum leitenden Oberrabbiner von Budapest (anolog dem Range des Großrabbiners von Paris) gewählt. — Haifa. Der 79jährige amerikanisch-jüdische Philantrop Nathan Straus ist in Palästina eingetroffen, um an der Organisierung der von ihm gegründeten palästinensischen Gesundheits- und Wohlfahrtsinstitution selbst mitzuarbeiten. — Genf. Dr. Victor Jacobsohn wurde zum offiziellen Vertreter der Zionistischen Organisation beim Internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes ernannt. — Jerusalem. Touristen, die Palästina besuchen wollen, erhalten auf neuerliche Veranlassung der hiesigen Regierung von allen britischen Konsuln Einreisevisa unter vereinfachten Bedingungen. — London. Im Herbst 1927 werden die Noten und Münzen der neuen Währung Palästinas fertig sein. Die Aufschriften und Prägungen werden in englischer, hebräischer und arabischer Sprache gehalten sein. — Berlin. Zum 60. Geburtstag des jüdischen Malers Oskar Haberer wurde in der Berliner Galerie Casper eine Ausstellung der Werke des Künstlers veranstaltet. — Frankfurt a. M. Die von deutschen Agudisten, Dr. Emil Hirsch, Isaac Nußbaum, Leo Wreschner und Julius Holländer mit 20 000 Pfund Kapital gegründete Aktienschaft für die Kolonisation Palästinas hat in den letzten Wochen für 20 000 Mark weitere Aktien abgesetzt. — Neuyork. In Amerika gibt es 15 Städte und Distrikte, die nach Juden benannt sind. — Philadelphia. Das Komitee des Amerikanisch-christlichen Fonds zur Linderung jüdischer Not („American Christian Fonds for Jewish Relief") veranstaltete eine Werbeversammlung, an der zahlreiche Vertreter der katholischen, protestantischen und jüdischen Konfession teilnahmen. In seiner Ansprache sagte Kardinal Dougherty u. a.: „Wir wissen, daß die Juden auch Andersgläubigen gegenüber sehr mildtätig sind. Diese Mildtätigkeit der Juden soll uns Mahnung und Inspiration sein." — Neuyork. Im Laufe der 27 Jahre ist die Zahl der jüdischen Farmer in Amerika von 1000 auf 75 000 angewachsen, welche zusammen eine Million Acker Boden bewirtschaften. — Jerusalem. Der Redakteur Ben Awi gab eine Biographie seines verstorbenen Vaters, des hebräischen Sprachforschers und Verfassers des „Thesaurus" Ben Jehuda, in hebräischer Sprache, gedruckt in lateinischen Lettern, heraus. Es ist dies das erste in lateinischer Schrift erscheinende hebräische Buch. — Breslau. Die Ergebnisse der in Oberschlesien am 13. Februar durchgeführten Kommunal- und Kreistagswahlen zeigen einen erheblichen Rückgang der antisemitischen Parteien. — Berlin. Vom Wohlfahrts- und Jugendamt der Jüdischen Gemeinde wurde im Wohlfahrtshause Augustusstraße das erste jüdische Werkheim für jugendliche Erwerbslose begründet. Die Anstalt genießt die moralische und materielle Unterstützung des Magistrats von Groß-Berlin. Sie wird am 1. März eröffnet werden. — Jerusalem. Wie der Palästinensische Telegraphen-Agentur mitgeteilt wird, hat die palästinensische Regierung beschlossen, eine direkte telegraphische Verbindung mit Europa durch Legung eines eigenen Kabels von Haifa oder von Jaffa aus zu schaffen.

Aus der jüdischen Welt

London. (JTA.) In der Sitzung des Board of Deputies erstattete Herr Lucien Wolf den Bericht des Joint Foreign Committee (Komitee für auswärtige Angelegenheiten der Juden) über Rumänien. Dem rumänischen Gesandten in London wurde zwecks Uebermittlung an die Regierung in Bukarest ein Schreiben übergeben, in welchem unter Anführung zahlreicher Tatsachen dargelegt wird, daß die Unsicherheit der jüdischen Bevölkerung in Rumänien eine Verletzung des Minderheitsvertrages bedeute. Der Gesandte hat den Brief seiner Regierung übermittelt und daraufhin dem Joint Foreign Committee mitgeteilt, daß Mitte Februar eine ausführliche Antwort gegeben werden würde. Eine gleiche Aktion wurde von der Alliance Israélite Universelle in Paris unternommen. Das Komitee der jüdischen Delegationen, das seinen Hauptsitz in Paris hat, hat in dieser Angelegenheit eine Petition an den Völkerbund gerichtet, in welcher formell um Intervention zum Schutze der rumänischen Juden und gegen die Verletzung des Minderheitsvertrages ersucht worden ist. Joint Foreign Committee beschloß, falls die Korrespondenz mit der rumänischen Regierung nicht zu einem befriedigenden Resultat führen sollte, Schritte nach anderer Richtung zu unternehmen, um den rumänischen Juden zu helfen. Bis jetzt ist die angekündigte Antwort der rumänischen Regierung nicht eingetroffen.

Köln. (Eine begrüßenswerte Ausstellung.) Unter dem Leitgedanken, „Die jüdische Frau und das jüdische Haus" soll hier auf Anregung des Kölner Schwesternbundes der Logen vom 3.—10. April eine Ausstellung stattfinden, die der jüdischen Frau zeigen möchten, wie sie ihrem modernen Heim in geschmackvoller Weise eine jüdisch-traditionelle Note geben kann. Da die Tafelrunde eine besondere charakteristische Ausdrucksform für das Familienleben zu sein pflegt, will die Ausstellung vor allem gedeckte Tische mit jüdischem Charakter bringen (z. B. Sedertisch, Freitagabendtisch usw.), ferner Gebrauchsgegenstände, rituelle Geräte, Bilder und Bücher, ferner eine Sonderausstellung von künstlerisch wertvollen Bildnissen jüdischer Männer und Frauen. In allem aber soll die ältere und neuere Zeit zur Geltung kommen. Auch das belehrende Wort soll nicht fehlen. Vorträge werden Tische, Geräte und Symbole deuten, der Vortrag von Semiraus (häuslichen hebräischen Gesängen) soll dartun, daß auch das musikalische Element in einem traulichen, echt jüdischen Heim nicht fehlen darf.

Die bayrische Judenschaft und das Pro Palästina-Komitee. München. Die „Bayrische Israelitische Gemeindezeitung", Organ der Münchener Israel. Kultusgemeinde und des Verbandes Bayrischer Israelitischer Gemeinden, schreibt zur Gründung des deutschen Pro Palästina-Komitees: „Es darf alle Juden mit stolzer Freude erfüllen, daß gerade eine jüdische Bestrebung Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen in Deutschland, von der Rechten bis zur Linken, einmütig hinter sich weiß. Die Gründung des Komitees zeigt uns, daß die maßgebenden Kreise der deutschen Politik die Bedeutung des jüdischen Kolonisationswerks in Palästina verstanden haben, und niemand wird fürderhin mehr behaupten dürfen, daß die Beteiligung von Juden an diesen Bestrebungen deutschen Interessen zuwiderlaufen. Andererseits aber muß das starke Interesse, das die nichtjüdische Außenwelt an diesen Bestrebungen nimmt, eine Mahnung für die deutschen Juden aller Parteien sein, ihre ganze Kraft dem Aufbauwerk in Palästina zu widmen; denn das Ansehen der Juden ist aufs engste mit dem Gelingen dieses einzigartigen Werkes verknüpft."

Jüdische Kulturarbeit in Bulgarien. (Von der Presse-Abteilung der bulg. Gesandtschaft sind uns folgende Mitteilungen zugegangen.) Nach dem letzten Konsistorialbulletin (Nr. 15) für das Schuljahr 1925/26 gibt es in Bulgarien 18 jüdische Kindergärten (Gane Jeladim), 22 Volksschulen und sieben Progymnasien mit insgesamt 133 Klassen. Die „Gane-Jeladim" haben 734, die Volksschulen und Progymnasien 2806 Kinder, insgesamt 3540 Kinder mit 69 Lehrern und Lehrerinnen. Das Budget der Schulausschüsse beläuft sich auf 7 718 319 Lewa oder durchschnittlich 2700 Lewa für einen Schüler. 13 Prozent der Ausgaben dieses Budgets werden durch Subsidien vom Staate und von den Gemeinden gedeckt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417009437-19270304/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG